

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. März 2010

Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Stadt Bremen

Zivilgesellschaftliches Engagement fördert die Solidarität, die Bindungen und das Vertrauen unter den Bürgern und Bürgerinnen unserer Stadt. Es unterstützt die gesellschaftliche Integration, den wirtschaftlichen Wohlstand, die Vielfalt des kulturellen Lebens und die demokratische Teilhabe im Gemeinwesen. Die Organisationslandschaft der Zivilgesellschaft differenziert sich immer weiter aus. Organisationen der Engagementförderung haben herausgehobene Funktionen zur Entwicklung des Engagements und bilden die Infrastruktur des zivilgesellschaftlichen Engagements. Die systematische und koordinierte Förderung von Organisationen, wie Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen etc., ist dabei ein zentraler Baustein der Engagementpolitik. Zu ihren Aufgaben zählen u. a. die Vermittlung von Freiwilligen bzw. Ehrenamtlichen in Organisationen des dritten Sektors, Entwicklung und Finanzierung von Engagementprojekten, Begleitung und Qualifizierung zivilgesellschaftlicher Organisationen und anderer Akteurinnen und Akteure im professionellen Umgang mit Freiwilligen und Strategien zur Aktivierung gesellschaftlicher Gruppen und von Akteurinnen und Akteuren, die bisher nur wenig engagiert sind.

Die institutionelle Unabhängigkeit der Organisationen der Engagementförderung vom Staat bildet eine wesentliche Voraussetzung für deren Akzeptanz und Erfolg in ihrer Arbeit. Zur nachhaltigen Förderung dieser Organisationen bedarf es trotzdem nicht nur der gezielten finanziellen Unterstützung, sondern vor allem eines gemeinsamen Koordinationsrahmens. Der Koordinierungsrahmen sieht die Entwicklung von gemeinsamen Förderstrategien und Zielen, die Identifizierung zentraler Handlungsfelder und die Entwicklung geeigneter Maßnahmen vor, um eine enge Zusammenarbeit und Verzahnung sowie eine effiziente Abstimmung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure zu erreichen.

In diesem Zusammenhang fragen wir den Senat:

1. Welche Organisationen und Einrichtungen gehören nach Ansicht des Senats zu den wesentlichen Organisationen der Engagementförderung in Bremen, und welche Aufgaben erfüllen sie?
2. Wie stellt sich der Senat die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partner mit den staatlichen Institutionen und Akteurinnen und Akteuren vor, bzw. wie sieht die zukünftige Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Organisationen der Engagementförderung aus?
3. Wie sieht der Koordinierungsrahmen für gemeinsame Aktivitäten aus?
4. Welche Anstrengungen unternimmt der Senat, um die Organisationen der Engagementförderung in Bremen zu fördern?
5. Welche Einrichtungen wurden in den letzten zehn Jahren in welcher Höhe finanziell gefördert? Wie hoch ist die Grundfinanzierung, und welche Fördermittel sind projekt- bzw. an definierte Aufgaben gebunden?
6. Wie sind die Leistungsvereinbarungen mit den Organisationen ausgestaltet, und welche Handlungsfelder der Engagementpolitik werden damit abgedeckt? Wel-

che Aufgaben der zivilgesellschaftlichen Organisationen sieht der Senat als dauerhafte, für alle zugängliche Leistungen und Dienste an, und welche als zeitlich begrenzte Aufgaben und Projekte?

7. Wie fördert der Senat die Qualifizierung und Beratung der Initiativen, Vereine und Organisationen im Umgang mit Freiwilligen und Ehrenamtlichen durch Anbieter, wie z. B. die Freiwilligenagentur, und was gedenkt er in Zukunft zu tun, um die organisierte Zivilgesellschaft in der Stadtgemeinde Bremen in ihrem Aufbau und der Entwicklung diesbezüglich noch besser zu fördern?
8. Welche Aufgaben übernehmen die Einrichtungen im Bereich der Engagementförderung, um insbesondere Gruppen und Personen, die bisher wenig aktiv waren, an das freiwillige Engagement/Ehrenamt heranzuführen?
9. Welche Maßnahmen und Instrumente gibt es, um das bürgerschaftliche Engagement der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der öffentlichen Verwaltung zu fördern? Inwieweit sind Kooperationen mit den Organisationen der Engagementförderung angedacht um ihre Qualifizierungskompetenzen für die Bereitstellung entsprechender Angebote zu nutzen?
10. Welche Erfahrungen wurden in den Ressorts bezüglich der stundenweisen Freistellung von Auszubildenden für gemeinnützige Tätigkeiten gemacht, und was steht einer Ausweitung solcher Angebote auf andere Beschäftigtenkreise im Wege?

Dirk Schmidtman, Dr. Hermann Kuhn,
Dr. Karin Mathes, Dr. Zahra Mohammadzadeh,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

D a z u

Antwort des Senats vom 11. Mai 2010

1. Welche Organisationen und Einrichtungen gehören nach Ansicht des Senats zu den wesentlichen Organisationen der Engagementförderung in Bremen, und welche Aufgaben erfüllen sie?

Bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Säule für ein kooperatives und aktives Miteinander, weil nur in gemeinsamer Anstrengung von Bürgerinnen und Bürgern, Politik, Kommune und Wirtschaft die Lösungen für die Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung kommender Jahre bewältigt werden können. In der Stadt Bremen existiert eine ausdifferenzierte Landschaft von engagementfördernden Infrastrukturen. Neben der klassischen Vereinsförderung sind vielfältige Einrichtungen einer modernen Engagementförderung, wie sie schon im Bericht der Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages, gefordert und beschrieben werden, vorhanden. Dazu gehören u. a. die Freiwilligen-Agentur Bremen, die zweitälteste Deutschlands, die evangelische Engagementagentur „aktiv evangelisch“, das Seniorenbüro, die Selbsthilfekontaktstelle Netzwerk Selbsthilfe, die Bürgerstiftung Bremen, das Mehrgenerationenhaus sowie der Runde Tisch Ehrenamt im Sozialbereich und das Referat bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Ihnen allen gemeinsam ist die Aufgabe der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Bremen.

Bürgerengagement in diesem lokalen Zusammenhang ist weit mehr als das alte tradierte „Ehrenamt“ oder auch nur die „Freiwilligenarbeit“. Im Vordergrund steht eine neue Kultur des Miteinanders und der Klärung kommunaler Verantwortlichkeiten und nicht zuletzt das soziale und „Netzwerkenlernen“ aller Akteure. Es bedarf innovativer Modelle, basierend auf den bewährten Strukturen und gleichzeitig einer Ermutigung der Menschen, eine aktive Rolle in ihrem eigenen Gemeinwesen einzunehmen.

Kultur

Der Kulturbereich ist geprägt von vielfältigen und spartenspezifisch sehr unterschiedlichen Formen des ehrenamtlichen Engagements. Viele Einrichtungen im Kulturbereich werden durch ehrenamtliche Vorstände und Beiräte geleitet bzw.

in ihrer Arbeit begleitet. Die Vielfalt des kulturellen Lebens wird insofern zu einem nicht unerheblichen Anteil durch ehrenamtliche Arbeit und durch bürgerschaftliches Engagement ermöglicht. Herausgehobene Beispiele sind der Kunstverein und die Philharmonische Gesellschaft. Doch in nahezu jedem kulturellen Feld spielen ehrenamtliche Förder- und Trägervereine eine aktive Rolle. Insofern wäre es wünschenswert, diese erfolgreichen Aktivitäten genauer zu untersuchen und aus den Erfahrungen gelungener Umsetzungsmodelle Strategien zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements auf allen Ebenen, im Leitungsbereich (Vorstandsarbeit etc.) wie im Bereich der künstlerisch-kreativen, der pädagogischen oder der organisatorischen Mitarbeit zu entwickeln. Gleichwohl liegen im Fachressort derzeit keine belastbaren, konkreten und statistisch aussagekräftigen Daten oder exemplarische Erhebungen zum Wirken der in der Anfrage genannten Organisationen im Bereich des Ehrenamtes und zum Erfolg und betriebswirtschaftlichen Wert des bürgerschaftlichen Engagements bzw. der Freiwilligenarbeit vor. Eine hierzu notwendige aussagefähige Befragung der im Kulturbereich anzusiedelnden, sehr diversifizierten Einrichtungen erscheint wünschenswert, derzeit jedoch bei bis zu 80 Einrichtungen nicht kurzfristig umsetzbar.

Zum einen rekrutiert sich der Kulturbereich eigenständig insbesondere über direkte, vielfältige Kooperationen und Projekte mit unterstützenden, engagierten Personen in fachlich ausgewiesenen Bereichen.

Dabei steht hier die freiwillige, direkt kulturproduzierende und -vermittelnde Arbeit im Vordergrund, da sie meistens mit den jeweils auch privat und beruflich erworbenen und deutlich ausgewiesenen Kulturinteressen der Engagierten verknüpft ist. Ein organisierendes, freiwilliges Kulturmanagement – und damit eine Selbstprofessionalisierung des bisherigen Ehrenamtes – ist mit steigender Tendenz erkennbar. Hierbei sind allerdings die Grenzen zwischen freiwilliger Arbeit im Kontext des bürgerschaftlichen Engagements und einer extrem unterbezahlten Arbeit der Kulturproduzenten selbst fließend. Die ausgewiesene ehrenamtliche Arbeit sowie das bürgerschaftliche Engagement im Kulturbereich finden sich daher gebündelt in den vielen großen und kleinen Fördervereinen zugunsten spezifischer kultureller Belange und Institutionen. Diese Vereine verfügen zumeist über erprobte Marketingstrategien zum Einwerben neuer Mitglieder. Zunehmend entwickeln sich hier auch zeitlich befristete Engagements, wobei demgegenüber der Bedarf an Personen zunimmt, die eine entsprechende Vereinsarbeit etc. organisatorisch längerfristig tragen wollen. Hier könnte möglicherweise eine qualifizierte Vermittlungsfunktion der genannten Agenturen und Stiftungen liegen.

Zum anderen sind bürgerschaftliches Engagement und freiwillige Arbeit im Anforderungsprofil kultureller Arbeit historisch fest verankert und gerade in der Bürgerstadt Bremen kulturell sehr aussagestark durch das tagtägliche, verlässliche, effektive und zumeist selbstorganisierte Wirken vieler Bürgerinnen und Bürger ausgewiesen.

Inneres und Sport

Gerade der organisierte Vereinssport ist mit seinen ca. mehreren 1000 ehrenamtlich tätigen Mitgliedern ein wichtiger Bestandteil der Bürgergesellschaft in Bremen. Mit knapp 160 000 Mitgliedern – Kinder, Jugendliche und Erwachsene – in 450 Vereinen aus 50 Sportfachverbänden ist der Landessportbund (LSB) Bremen die mit Abstand größte Personenvereinigung im Lande Bremen. Eine besondere Rolle spielt dabei die weit über das reine Sporttreiben hinausgehende soziale, gesundheitliche, integrative, jugendpolitische und pädagogische Arbeit, die nach wie vor ein wesentliches Qualitätsmerkmal des Vereinssports darstellt und ein Angebot an alle Altersgruppen und Zielgruppen ist. Das bürgerschaftliche Engagement wird durch, mit und im Sport in einem sehr großen Maße gefördert. Gerade die tagtägliche ehrenamtliche Arbeit in den Sportvereinen ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft im Kinder- und Jugendbereich, aber auch bei der eigenverantwortlichen Gesundheitsvorsorge, Prävention und Rehabilitation. Ferner leisten auch dem Landessportbund assoziierte Organisationen, wie die Bremer Sportjugend und das Bildungswerk des Landessportbundes, erhebliche Beiträge zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Bremen und Bremerhaven.

Bildung

Im Schulbereich ist es vor allem die Freiwilligen-Agentur Bremen („zeitweise“), die zurzeit mit drei Projekten vertreten ist. Die Grundfinanzierung der Freiwilligen-Agentur wird von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wahrgenommen.

Etwa 120 Lesehelfer sind im Projekt „Lesezeit“ an fast allen Grundschulen im Einsatz und unterstützen die Schule im wichtigen Bereich der Lesekompetenz bereits seit mehreren Jahren erfolgreich. Hierbei handelt es sich vor allem um Rentner/-innen und Pensionäre/-innen.

Neben den sogenannten „Lesemüttern“, die auf Eigeninitiative der jeweiligen Schule gewonnen wurden, ist dies die größte Gruppe des zivilgesellschaftlichen Engagements in den Schulen.

Etwa 30 Personen engagieren sich im Projekt „Balu und Du“, bei dem in Absprache mit den Schulen meist jüngere berufstätige Freiwillige (im Alter zwischen 18 und 35 Jahren) einen oder mehrere Nachmittage mit den Kindern und Jugendlichen verbringen und ihnen dabei soziale Freizeiterfahrungen ermöglichen, die durch die jeweilige Familie nicht gewährleistet sind. Finanziert wird dieses Projekt durch Sponsoren.

Als neues Projekt startet im Schuljahr 2010/2011 ein neues Mathehilfeprojekt („doppeldenker: mathe im tandem“) mit zunächst etwa 25 Freiwilligen für die ersten und zweiten Jahrgangsstufen der Grundschule, bei dem in enger Absprache mit der Grundschule Schüler/-innen im Mathematikunterricht unterstützt werden.

Die Bildungsbehörde bietet ehemaligen Lehrkräften im Ruhestand an, ehrenamtlich in der Schule zu arbeiten. Insbesondere in den Mangelfächern, wie Mathematik, Naturwissenschaften, Latein, Englisch und Spanisch, ist eine befristete Weiterbeschäftigung in der Sekundarstufe I erwünscht.

Außerdem können ehemalige Schulleiter/-innen im Programm „Senex“ des Landesinstituts für Schule ihre Erfahrungen an Kolleginnen und Kollegen weitergeben, die neu in das Schulleitungssamt gekommen sind.

2. Wie stellt sich der Senat die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partner mit den staatlichen Institutionen und Akteurinnen und Akteuren vor, bzw. wie sieht die zukünftige Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Organisationen der Engagementförderung aus?

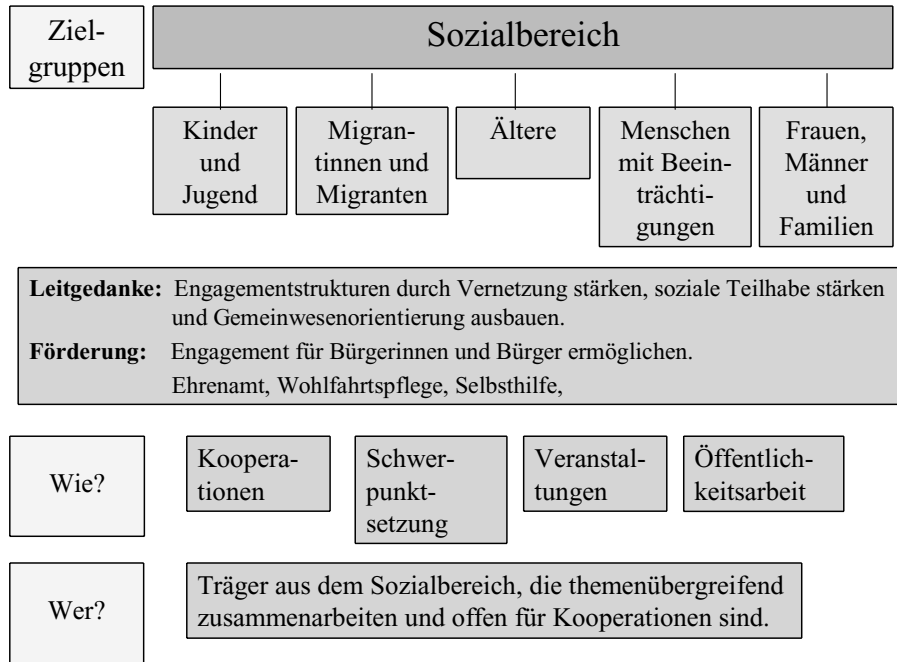
Es existiert eine sehr gute, bewährte und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den in Punkt 1 genannten Organisationen und Einrichtungen, die unter anderem im „Runden Tisch Ehrenamt im Sozialbereich“ zusammengeschlossen sind. Sie unterscheiden sich zwar in ihrer Entstehungsgeschichte, in ihren Zielgruppen, in ihren Finanzierungsmodi und zum Teil auch in ihrem Engagementverständnis. Gemeinsam ist ihnen aber allen, dass sie auf zivilgesellschaftliche Strukturen angewiesen und sektorübergreifend tätig sind und auf bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe sowie die Verantwortungsübernahme für die Stadt setzen.

Um ihre Aktivitäten auf dem Gebiet des ehrenamtlichen Engagements untereinander zu koordinieren, haben sich AWO, Caritas, der Paritätische Wohlfahrtsverband, DRK, Diakonie, Freiwilligenagentur Bremen, Innere Mission, Bürgerstiftung Bremen sowie Netzwerk Selbsthilfe unter der Geschäftsführung des zuständigen Fachreferates der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales im „Runden Tisch Ehrenamt im Sozialbereich“ zusammengeschlossen.

Dieses trägerübergreifende Netzwerk ist in besonderer Weise in der Lage, themen- und zielgruppenbezogene Engagementangebote weiterzuentwickeln. Das Netzwerk bezieht engagementferne Bevölkerungsgruppen ein und erleichtert auch Migrantenorganisationen den Zugang zum Engagement.

Im folgenden Schaubild hat der „Runde Tisch Ehrenamt im Sozialbereich“ sein Selbstverständnis, seine Ziele, seine Zielgruppen und seine Instrumente zur Förderung ehrenamtlichen Engagements dargestellt.

Selbstverständnis Runder Tisch im Sozialbereich *)



*) Der Runde Tisch Ehrenamt deckt nicht das komplette bürgerschaftliche Engagement Bremens ab. Modell Bütow/Frenzel-Heiduk

3. Wie sieht der Koordinierungsrahmen für gemeinsame Aktivitäten aus?

Der Koordinierungsrahmen ist der Zusammenschluss der unter Punkt 1 und 2 genannten Organisationen im Runden Tisch Ehrenamt im Sozialbereich unter der Geschäftsführung des Referates bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe. Dieses trägerübergreifende, Engagement fördernde „Idealnetzwerk“ ist in besonderer Weise in der Lage, themen- und zielgruppenbezogene Engagementangebote weiterzuentwickeln (z. B. Angebote für Migranten und ältere Menschen). Das Netzwerk bezieht engagementferne Schichten ein und erleichtert auch Migrantenorganisationen den Zugang zum Engagement. Ebenso werden Unternehmen als Förderer und Träger des bürgerschaftlichen Engagements einbezogen und gestärkt.

Ausbaufähig ist die sektorenübergreifende Zusammenarbeit der senatorischen Behörden mit den Bereichen Umwelt, Inneres sowie Bildung und Kultur. Es existiert aber schon eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe bürgerschaftliches Engagement.

4. Welche Anstrengungen unternimmt der Senat, um die Organisationen der Engagementförderung in Bremen zu fördern?

Bürgerschaftliches Engagement kommt nicht ohne hauptamtliche Strukturen aus. Die Gewinnung von Freiwilligen, die Projektentwicklung, das Zusammenführen von Angebot und Nachfrage, die Feststellung von erforderlichen Rahmenbedingungen in den Organisationen, Einrichtungen und Initiativen erfordern feste und verlässliche Anlaufstellen. Aus diesem Grund fördert das Ressort Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales die Freiwilligen-Agentur Bremen, das Netzwerk Selbsthilfe, die fünf Verbände der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk und der Paritätische Wohlfahrtsverband) sowie das Seniorenbüro.

Eine mangelnde Absicherung gegen Risiken im Engagement hält Interessierte oft davon ab, sich zu engagieren. Der Versicherungsschutz für Engagierte, sowohl Haftpflicht- als auch Unfallversicherung, wurde vom Senat für das Land Bremen aus diesem Grunde ins Leben gerufen und ermöglicht es Ehrenamtlichen, sich in Bremen unbesorgt bürgerschaftlich zu engagieren.

5. Welche Einrichtungen wurden in den letzten zehn Jahren in welcher Höhe finanziell gefördert? Wie hoch ist die Grundfinanzierung, und welche Fördermittel sind projekt- bzw. an definierte Aufgaben gebunden?

Ein großer Teil der eigenständigen Einrichtungen erhält öffentliche Unterstützung, die aber vor allem ergänzt wird durch kreative Finanzierungsmodelle, durch zusätzliche Mittel für akquirierte Projekte, erbrachte Dienstleistungen sowie Spenden- und Sponsoringmittel. Die Förderung im Einzelnen stellt sich wie folgt dar:

	Freiwilligen-Agentur Bremen	Netzwerk Selbsthilfe	Bürgerstiftung Bremen	Seniorenbüro Bremen	Ehrenamtsförderung an die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege
2001	137 500 DM	205 000 DM	2002 wurden der Bürgerstiftung Bremen 200 000 € als Grundstockvermögen sowie 100 000 € für erste Projekte von der Stadtgemeinde Bremen gewährt.	*)	150 000 DM
2002	70 000 €	104 815 €		*)	76 695 €
2003	70 000 €	104 830 €		*)	76 695 €
2004	70 000 €	104 830 €		*)	76 695 €
2005	70 000 €	104 830 €		30 000 €	76 695 €
2005	70 000 €	118 502 €		33 200 €	76 695 €
2007	70 000 €	112 900 €		61 300 €	76 695 €
2008	69 000 €	118 000 €		54 300 €	75 000 €
2009	74 127 €	118 000 €		54 900 €	75 000 €
2010	69 000 €	118 000 €		64 200 €	75 000 €

*) Finanzierung durch eine Verwaltungspauschale als Bestandteil der Kalkulation der Erholungsreiseangebote, mit deren Durchführung das Seniorenbüro 1997 beauftragt wurde.

Ab 2004 Übertragung der Organisation und Durchführung des sogenannten Zentralen Veranstaltungsprogramms der Altenhilfe (Tages- und Halbtagesfahrten, Kultur-, Informations- und gesellige Veranstaltungen in Begegnungsstätten).

Zusätzlich hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales unterschiedliche Modellprojekte des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingeworben. Mit den Modellprojekten wie Mehrgenerationenhäusern, dem Freiwilligendienst aller Generationen (FDaG) übernimmt auch die Bundesregierung eine wichtige Rolle bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Auch im Pflegeweiterentwicklungsgesetz wird ehrenamtliches Engagement unterstützt und der Einbezug engagierter Menschen in die Pflege gefördert und ein finanzieller Anreiz geschaffen, um Engagement zu verbreitern.

Im Freiwilligendienst aller Generationen konnten durch die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales in Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch Ehrenamt im Sozialbereich insgesamt 600 000 € eingeworben werden, die Laufzeit des Modellprogramms beträgt drei Jahre (2009 bis 2011) mit einer jährlichen Förderung von 200 000 €.

Das Modellprogramm gliedert sich auf in das Projekt „Werder goes Ehrenamt“, ein Zusammenschluss des Vereins Werder Bremen sowie der Inneren Mission, mit einem Etat von 50 000 € jährlich, dem Angebot „Zeit schenken“; angegliedert beim Netzwerk Selbsthilfe, ausgestattet ebenfalls mit 50 000 €, der Virtuellen Freiwilligenakademie (VFreiA), einem Überblicks- und Engagementangebot für alle Engagierten in Bremen und umzu sowie dem mobilen Beratungsteam zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Lande Bremen, ausgeführt durch die Freiwilligen-Agentur Bremen. Es handelt sich bis auf das Projekt „Werder goes Ehrenamt“ um landesweite Projekte.

Ebenfalls eingeworben wurden von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zwei Modelle „Mehrgenerationenhäuser“, finanziert aus Bundesmitteln, jeweils eines für Bremerhaven sowie eines für Bremen-Stadt. Beide Projekte haben ebenfalls die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zum Ziel.

Im Bereich des Sports hat das Land Bremen in den letzten zehn Jahren über die Wettmittel insgesamt knapp 21,3 Mio. € zur direkten Förderung des Sports ausgegeben. Über den Sporthaushalt wurden für den LSB, Sportvereine und -verbände weitere 11,6 Mio. € zur Unterstützung des Sports und des zivilgesellschaftlichen Engagements bereitgestellt.

Im Haushalt der Feuerwehr Bremen werden Mittel vorgehalten für

- die Freiwilligen Feuerwehren, hierin sind Aufwandsentschädigungen für die dort freiwillig (ehrenamtlich) tätigen Feuerwehrleute enthalten sowie Gelder für die Ausstattung und Unterbringung, also für die eigentliche Arbeit. Für die Freiwilligen Feuerwehren werden 40 000 € vorgehalten, zudem werden auch aus weiteren Haushaltsstellen der Feuerwehr Bremen Mittel für die Freiwilligen Feuerwehren genutzt; eine genaue Bezifferung ist jedoch nicht möglich.
- die Jugendfeuerwehren, derzeit stehen 15 000 € zur Verfügung. Diese Mittel können sowohl für Ausrüstung als auch für die Jugendarbeit (Zeltlager und andere Aktivitäten) genutzt werden.

Aus dem Haushalt des Senator für Inneres und Sport werden Mittel zur Verfügung gestellt für

- den Landesfeuerwehrverband, die Interessenvertretung der Freiwilligen Feuerwehren im Lande Bremen. Hieraus wird ebenfalls die Ausbildung sowie die Jugendarbeit gefördert. Der Anschlag beträgt zurzeit 22 000 €.
- die Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz tätig sind. Dies sind der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), der Malteser Hilfsdienst (MHD), die Johanniter Unfallhilfe (JUH) sowie die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG). Die Arbeit in den Katastrophenschutzbereichen erfolgt weitestgehend ehrenamtlich. Die Förderung ist vertraglich geregelt und ist als Ergänzung der entstehenden Kosten, die von den Organisationen getragen werden, gedacht. Jede Organisation erhält einen Grundbetrag in Höhe von 5000 € sowie einen ergänzenden Betrag nach Anzahl der Helfer. Im Einzelnen erhalten

der ASB	11 036 €,
das DRK	20 436 €,
der MHD	9 509 €,
die JUH	9 255 €,
die DLRG	8 295 €.

6. Wie sind die Leistungsvereinbarungen mit den Organisationen ausgestaltet, und welche Handlungsfelder der Engagementpolitik werden damit abgedeckt? Welche Aufgaben der zivilgesellschaftlichen Organisationen sieht der Senat als dauerhafte, für alle zugängliche Leistungen und Dienste an, und welche als zeitlich begrenzte Aufgaben und Projekte?

Die bremischen zivilgesellschaftlichen Organisationen bieten heute bereits eine Vielfalt an Möglichkeiten für Engagement und Beteiligung.

Es existieren Leistungsvereinbarungen als Rahmenvereinbarungen mit den Trägern, die die Aufgabe der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe in Bremen haben. Von Beratung, Bildung und Weiterbildung bis hin zur Unterstützung von Modellvorhaben bieten diese Träger den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich zu engagieren.

Auch der dritte Freiwilligensurvey – der zum ersten Mal für das Land Bremen Daten enthält – zeigt deutlich, dass an der ersten Stelle der Wünsche der Engagierten die Information über Engagementformen steht. Es gibt bereits die Webauftritte www.buergerengagement.bremen.de sowie www.vfreia.de. Es ist aber Ziel, in Zusammenarbeit mit allen zivilgesellschaftlichen Akteuren für jede Bürgerin und jeden Bürger weitere verständliche, attraktive und leicht zugängliche Wege zum Engagement zu schaffen.

Die Anlaufstellen vor Ort, wie die Freiwilligen-Agentur, das Netzwerk Selbsthilfe, die Bürgerstiftung und Aktiv evangelisch, um nur einige zu nennen, die als „Drehscheibe“ zwischen Engagierten, Trägern der Angebote und der Öffent-

lichkeit arbeiten, spielen eine wichtige Rolle. Ehrenamt funktioniert nicht ohne Hauptamt. Die Kontinuität dieser Vernetzungs-, Beratungs- und Kooperationsarbeit ist notwendig, um gemeinsam zielgruppenbezogene Engagementangebote weiterzuentwickeln.

Der Freiwilligendienst aller Generationen bietet bis Ende 2011 die Möglichkeit, Engagierte zu beraten, zu schulen und zu bilden. Nach Beendigung des Bundesprogramms ist für diese notwendige Schulung noch keine Anschlussfinanzierung in Sicht.

Der Senat sieht die Förderung des Sports aufgrund der gesellschaftlichen Querschnittsaufgaben, die vom LSB, den Vereinen und Verbänden im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements übernommen werden, auch weiterhin als eine wichtige Säule unserer Gesellschaft an. Er beabsichtigt, die Sportförderung trotz der schwierigen Haushaltslage Bremens auch weiterhin aufrechtzuerhalten.

Die Erwartungen bzw. Anforderungen, an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen, richten sich nach dem Bremischen Hilfeleistungsgesetz, in dem geregelt ist, welche Aufgaben im Katastrophenschutz in welchem Umfang wahrzunehmen sind. Zudem sind mit den Hilfsorganisationen Verträge geschlossen worden, in denen der Umfang der Hilfeleistungen einerseits und die Höhe der zugewendeten Mittel andererseits geregelt sind. Das ehrenamtliche Engagement ist ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil des Brand- und Katastrophenschutzes im Land Bremen.

7. Wie fördert der Senat die Qualifizierung und Beratung der Initiativen, Vereine und Organisationen im Umgang mit Freiwilligen und Ehrenamtlichen durch Anbieter, wie z. B. die Freiwilligen-Agentur, und was gedenkt er in Zukunft zu tun, um die organisierte Zivilgesellschaft in der Stadtgemeinde Bremen in ihrem Aufbau und der Entwicklung diesbezüglich noch besser zu fördern?

Notwendig für die Qualifizierung und Beratung ist zuerst die Information, die Vermittlung von Wissen über die Möglichkeiten. Aus diesem Grund wurde von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales vor mittlerweile 14 Jahren der erste Webauftritt einer Kommune zum Bereich Bürgerengagement ins Leben gerufen. Der Internetauftritt, www.bremen.buergerengagement.de, den mittlerweile viele andere Kommunen und Ländern übernommen haben, bietet eine Übersicht über die bunte Landschaft des Engagements in Bremen. Langfristig angedacht ist hier eine Erweiterung, um alle Verwaltungsbereiche auch abgebildet zu finden und den Bürgerinnen und Bürgern sichtbar zu machen, an welchen Stellen sie sich auch aktiv in die Gestaltung des Gemeinwesens einbringen könnten. Zurzeit wird an einem Engagementatlas im Rahmen einer interaktiven Karte auf bremen.de gearbeitet.

Qualifizierung und Begleitung von Engagierten sind notwendig, um den vielfältigen Anforderungen – etwa bei der Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen – beim Aufbau von Projekten oder bei der verlässlichen Beratung von Initiativen gerecht zu werden. Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat diese Bedarfslagen früh erkannt und um diesen Anforderungen gerecht zu werden, vor zwölf Jahren eine Vortragsreihe rund um das bürgerschaftliche Engagement mit Best-Practice-Ideen aus anderen Städten, aber auch aus der eigenen Stadt ins Leben gerufen, sechs Fachtage zu unterschiedlichen Themen in der Themenvielfalt von Lotsen- und Patenmodellen für Migranten bis hin zu Vorträgen zu Herausforderungen des demografischen Wandels und seiner Konsequenzen für die Bürgergesellschaft initiiert. Mittlerweile wurde der dritte Fachtag zur Qualifizierung ehrenamtlicher Freiwilligenkoordinatoren in einem Zusammenschluss zwischen der Freiwilligen-Agentur, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Bremen und der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales veranstaltet.

Für die Jahre 2010 und 2011 ist Bremen als Land zusätzlich in der Situation, dass mit Hilfe der eingeworbenen Mittel aus dem Bundesprogramm Freiwilligendienst aller Generationen – siehe auch dazu Beantwortung Frage 5 – sowohl die Beratungsmittel durch das mobile Team als auch Gelder für die Qualifizierung Freiwilliger des FDaG-Dienstes zur Verfügung stehen.

Außerdem wurde im Rahmen des FDaG (Freiwilligendienstes aller Generationen) der erste Überblicks-Webauftritt zu den Qualifizierungsangeboten für Engagierte in Bremen und umzu geschaffen: www.vfreia.bremen.de

8. Welche Aufgaben übernehmen die Einrichtungen im Bereich der Engagementförderung, um insbesondere Gruppen und Personen, die bisher wenig aktiv waren, an das freiwillige Engagement/Ehrenamt heranzuführen?

Bürgerschaftliches Engagement vermittelt wichtige Fähigkeiten und Kompetenzen für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der Zugang zum Engagement ist allerdings sozial ungleich verteilt. In Bremen wird versucht, allen Bevölkerungsgruppen, unabhängig von Herkunft und Bildungsstand, die Chance zum bürgerschaftlichen Engagement zu eröffnen.

Nötig sind sowohl formale als auch informelle Bildungsorte zur Umsetzung dieser wichtigen Aufgabe. Dazu gehört auch die Entwicklung einer Lernkultur in Kindertagesstätten und Schulen, hier können herkömmliche Formen mit Formen und Projekten des bürgerschaftlichen Engagements, z. B. im Projekt „Große für Kleine“ der AWO, gemeinsam mit der Freiwilligen-Agentur verknüpft werden. Auch Projekte im Bereich der Migration, wie Lotsen- und Patenprojekte aller Art, z. B. MEMI (Mentoren für Migranten), geben auch zugewanderten Menschen die Möglichkeit, in der Aufnahmegesellschaft anzukommen und sich zu integrieren.

Freiwilligendienste bieten ebenfalls in diesen Phasen für die Ankommenden aber auch in den Übergangsphasen, z. B. von Schule und Beruf, auch für bildungs- und engagementferne Schichten, eine wichtige Orientierung. Dies gilt nicht nur für die Jugendfreiwilligendienste, sondern auch für die grenzüberschreitenden und den Freiwilligendienst aller Generationen (FDaG).

Es wurden zusätzlich spezielle Kampagnen ins Leben gerufen:

von der Freiwilligen-Agentur besonders für jüngere Menschen mit den Projekten „Balu und Du“ oder die „Bessermacher“; vom Runden Tisch Ehrenamt, um besonders ältere Menschen anzusprechen, und in vielen unterschiedlichen Paten- und Lotsenprojekten, um Menschen mit Migrationshintergrund an das bürgerschaftliche Engagement heranzuführen.

Die Förderung von Menschen, die bisher wenig aktiv waren, wird z. B. im Verein für Innere Mission (Mitglied des Runden Tisches Ehrenamt) sehr engagiert betrieben; es wird mit Einrichtungen zusammengearbeitet, in denen diese Personengruppen betreut oder beraten werden. Es werden Aufgabenprofile erstellt, die Erfolgserlebnisse vermitteln, Teamarbeit fördern, das Selbstwertgefühl steigern und die gegebenenfalls auch unkompliziert zu erlernen sind oder eine erhöhte Fluktuation vertragen, erstellt.

Hilfreich sind dabei auch Projekte, die nach einem Tandemsystem organisiert werden. Eine freiwillig engagierte Person begleitet dabei eine andere Engagierte als „Scout“ oder „Patin“. Diese Projekte werden durch hauptamtliche Koordinatorinnen und Koordinatoren begleitet.

Es ist auch gelungen, folgende Personengruppen im Rahmen eines freiwilligen Engagement zu beschäftigen:

- Langzeitarbeitslose,
- psychisch kranke Menschen,
- Menschen mit Suchtproblemen (insbesondere Alkohol),
- Menschen mit Migrationshintergrund,
- Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Die genannten Personengruppen engagieren sich zum einen selbst, z. B. arbeiten Langzeitarbeitslose in den Secondhandshops, ebenso werden Menschen mit Suchtproblemen von engagierten Freiwilligen betreut.

Vonseiten des organisierten Sports wird die Rolle und die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements seit mehreren Jahren besonders herausgestellt. Die Kampagnen des Deutschen Olympischen Sportbundes „Sport pro Ehrenamt“, „Sterne des Sports“ und die Ausgabe einer Sportehrenamtskarte werden auch in Bremen vom Landessportbund unterstützt. Ziel ist neben der Würdigung bereits gesellschaftlich engagierter Mitbürgerinnen und Mitbürger, zusätzlich Personen zu motivieren, es ihnen gleichzutun.

9. Welche Maßnahmen und Instrumente gibt es, um das bürgerschaftliche Engagement der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der öffentlichen Verwaltung zu fördern? Inwieweit sind Kooperationen mit den Organisationen der Engagementförderung angedacht um ihre Qualifizierungskompetenzen für die Bereitstellung entsprechender Angebote zu nutzen?

Der Senat hat sich bereits im Rahmen des Wettbewerbs „bürgerorientierte Kommunen“ der Bertelsmannstiftung im Jahre 1998 zu den Zielen und Idealen der Bürgergesellschaft und Bürgerkommune bekannt.

In Bremen wird mit dem Begriff Bürgerkommune ein Prozess verbunden, in dem das Verhältnis zwischen der Kommune und der Bürgergesellschaft neu verhandelt und bestimmt wird. Um die vielfältigen Potenziale der Bürgergesellschaft für ein stärkeres und zukunftsfähiges Gemeinwesen zu nutzen, muss die Kommune die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Unter Bürgerkommune werden alle Gruppen, die Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt, die Organisationen und die Einrichtungen, die Unternehmen, aber ebenso die Verwaltung verstanden.

Die Freiwilligen-Agentur Bremen, die, wie oben erwähnt, von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales gefördert und unterstützt wird, hat u. a. den Auftrag, das Engagementklima in Bremen zu verbessern. Im Rahmen dieser Sensibilisierungsarbeit setzte sie das aus den USA und England stammende Konzept des „Day of Caring“ um. Beschäftigte eines Unternehmens – auch einer Behörde – engagieren sich für einen guten Zweck.

So hat der gesamte Senat bereits u. a. einen Day of Caring in Friedehorst abgeleistet, und unterschiedliche Ressorts haben sich vielfältig in der „handfesten“ Arbeit bei unterschiedlichen Trägern, wie z. B. der Inneren Mission, engagiert.

Das Aufgabenspektrum beim Day of Caring umfasst praktische Arbeit, wie handwerkliche Tätigkeiten oder Gartenarbeit, aber auch Ausflüge mit behinderten Kindern oder Bewerbungstraining für Arbeit suchende Jugendliche. Im Jahr 2007 waren bereits 12 Betriebe beteiligt, die sich mit 370 Freiwilligen in 25 gemeinnützigen Projekten engagierten.

Zur Stärkung der Anerkennungskultur hat die Senatorin für Finanzen im Februar 2010 zum ersten Senatsempfang für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse als Anerkennung ihres bürgerschaftlichen Engagements eingeladen. Über 170 Frauen und Männer arbeiten ehrenamtlich in 20 Prüfungsausschüssen, um sicherzustellen, dass Auszubildende, z. B. zu Bademeistern/-innen, Verwaltungsfachkräften und Hauswirtschafter/-innen am Ende ihrer Ausbildung eine Prüfung ablegen können.

Seit mittlerweile acht Jahren werden von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales die Engagierten im Bereich Soziales zu der traditionellen Würdigung „Bremen sagt Danke“ ins Rathaus eingeladen.

Ebenso macht der Senator für Inneres und Sport eine große alljährlich stattfindende Würdigung für die Engagierten seines Ressortbereiches. Geplant ist für 2010 eine gemeinsame Veranstaltung der Ressorts Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie Inneres und Sport.

10. Welche Erfahrungen wurden in den Ressorts bezüglich der stundenweisen Freistellung von Auszubildenden für gemeinnützige Tätigkeiten gemacht, und was steht einer Ausweitung solcher Angebote auf andere Beschäftigtenkreise im Wege?

Zwischen dem Ressort Finanzen und dem Ressort Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales war das Projekt „ehrlich – amtlich – ehrenamtlich; Soziales Engagement von Auszubildenden des bremischen öffentlichen Dienstes“ in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe entwickelt und im Zeitraum September bis November 2008 realisiert worden. Ziele des Projektes, bei dem Auszubildende der Verwaltungsberufe im zeitlichen Rahmen von maximal 16 Stunden ehrenamtlich – aber unter Anrechnung auf die Arbeitszeit – in karitativen Einrichtungen unterstützend mitarbeiten sollten, waren vorrangig

- eine Steigerung des Interesses der Auszubildenden an ehrenamtlicher Tätigkeit,

- die Ermöglichung einer veränderten Sicht auf die Bedürfnisse Bremer Bürger/-innen, aber auch
- das Senden eines Signals, dass „Verwaltung“ offen und partnerschaftlich Anteil an den Lebenswelten von Bremern/-innen nimmt.

Von 68 angesprochenen Auszubildenden (Verwaltungsfachangestellte und Fachangestellte für Bürokommunikation) haben 43 an dem Projekt teilgenommen. Der Einsatz der Auszubildenden erfolgte in einer Vielzahl von Einrichtungen, schwerpunktmäßig in Bereichen der Altenpflege, der Behindertenbetreuung, aber auch z. B. in einer Kinder- und Jugendfarm und einem Streetwork-Projekt. Organisiert wurden die Einsatzorte vom Runden Tisch Ehrenamt in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen-Agentur Bremen.

Nach Abschluss des Projektes wurden die beteiligten Auszubildenden mittels eines Fragebogens über die Wirkung des Einsatzes befragt. Überwiegend herrschte Einigkeit darüber, dass die Einsätze den Auszubildenden Freude bereitet haben. Auch hat gut die Hälfte der Auszubildenden ihre ehrenamtliche Tätigkeit als sinnvoll erlebt.

Aber es gab auch Einschätzungen dahingehend, dass der eigene Horizont durch den Einsatz nicht wesentlich erweitert wurde und sich der Erkenntnisgewinn über die Bedürfnisse von Bürgern/-innen in Grenzen hielt. Nur ein Auszubildender hat angegeben, sich in „seiner“ Einrichtung weiterhin ehrenamtlich betätigen zu wollen.

